

## Die Presse im preußischen Regierungsbezirk Kassel als Spiegelbild ihrer Zeit

Von Siegfried Löffler\*

Wenn es heute eine Selbstverständlichkeit ist, daß die meisten Zeitungen durch Leitartikel und Kommentare zu aktuellen Tagesfragen Stellung nehmen und damit gleichzeitig ihre politische Richtung verraten, so war das um die Zeit der Annexion des Kurfürstentums Hessen durch Preußen keineswegs der Fall.

Die „Hessische Morgenzeitung“ in Kassel hatte bis 1866 als maßgebendes Oppositionsorgan kritisch zu den Tagesereignissen Stellung genommen. Nach 1866 hörte aber Kassel bald auf, ein politischer Mittelpunkt zu sein. Das drückte sich natürlich auch in der Presse der Stadt aus. — Die Verhältnisse in den übrigen Städten und Kreisen lagen nicht viel anders. Wenn Zeitungen und Zeitschriften in starkem Maße politisch wirkten, dann in den meisten Fällen innerhalb des Bezirkes.

Im Gegensatz zu England und Amerika ist für das deutsche Zeitungswesen die sogenannte *Provinzpresse* stets eines der typischsten Merkmale gewesen. Die Provinzpresse in Deutschland ist eine Folge der historischen Entwicklung — einer Entwicklung, die verschiedene über das ganze Reich verteilte Kulturzentren schuf, die alle ihr bewußtes Eigenleben führten und führen. Im Gegensatz zur Großstadtpresse, die einen festen Bezieherkreis weniger kennt, hat die Provinzpresse immer den Vorzug einer sehr engen Verbindung zu den Lesern gehabt und daraus neue Impulse für ihre Arbeit empfangen. Die Zeitungen im Regierungsbezirk Kassel sind im großen und ganzen der Provinzpresse zuzurechnen<sup>1</sup>. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß es in dem behandelten Zeitraum (1866—1919) einige Zeitungen gab, die über den heimatischen Rahmen hinaus von Bedeutung waren. Zu diesen, im ganzen Reichsgebiet bekannten Zeitungen gehörten der „Reichsherold“ in Marburg als antisemitisches Blatt und die in Melsungen erscheinende „Deutsche Rechtspartei“ als Organ der Anhänger der Depossidierten, hier also speziell des letzten Kurfürsten, Friedrich Wilhelms I.

Das Zeitungsbild in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts war durch amtliche Bekanntmachungen und sehr ausführliche Parlamentsberichte auf der ersten Seite bestimmt<sup>2</sup>. Die Zeitungen brachten hauptsächlich farblose Nach-

---

\* Dieser Beitrag ist ein Auszug aus der phil. Dissertation von S. LÖFFLER: Die Presse des Regierungsbezirks Kassel von 1866 bis 1919 (MS Diss. München 1954) 333 gez. Bl. 4<sup>0</sup>, s. auch ZHG 65/66 (1954/55) 274 f. u. 300, sowie ZHG 67 (1956) 181 f.

1 Ausführlicher s. ZHG 67 (1956) 181—186.

2 Näheres s. LÖFFLER: Diss. 185 f.

richten und zitierten die Kommentare großer Blätter, wenn es sich um heikle Fragen handelte, zu denen sie nicht gern Stellung nehmen wollten. Nur bei bevorstehenden Wahlen griff die Presse im Regierungsbezirk Kassel aktiv in die Politik ein. Hier hatte man sich in den meisten Fällen nach irgendeiner Richtung hin festgelegt. Es würde zu weit führen, die Stellungnahme der einzelnen Zeitungen und Zeitschriften zu den verschiedenen Wahlen genauer zu untersuchen.

Im Rahmen dieser Arbeit sollen lediglich einige führende Zeitungen in ihrer Stellungnahme zu großen politischen Ereignissen gegenübergestellt werden. Dazu ist es notwendig, zwischen *preußenfreundlicher* und *kurfürstentreuer* Presse zu unterscheiden. Von den erstgenannten Zeitungen und Zeitschriften vertraten zwar nicht alle die gleiche politische Auffassung; sie waren sich jedoch darin einig, keine Opposition der preußischen Verwaltung gegenüber zu treiben. Für diese Untersuchung war die Stellungnahme der führenden Blätter des Bezirkes zu folgenden wichtigen politischen Ereignissen interessant:

1. Die Reichsgründung im Jahre 1871
2. Der Beginn des Kulturkampfes mit den „Maigesetzen“ des Jahres 1873
3. Der Tod des Kurfürsten am 6. 1. 1875
4. Die Verkündung des Sozialistengesetzes vom 19. 10. 1878
5. Das Ende der Monarchie am 9. 11. 1918
6. Der Beginn des parlamentarischen Lebens in der neuen Deutschen Republik am 6. 2. 1919

Es ist versucht worden, zu jedem dieser Ereignisse verschiedene gegensätzliche Stimmen zu finden. Leider fehlten vielfach gerade die Nummern, die für diese Untersuchung herangezogen werden mußten. Hinzu kam noch, daß sowohl eine eigene Presse des Zentrums als auch der Sozialdemokratie erst am Ende bzw. nach den für diese Volksteile einschneidenden Maßnahmen entstand und so für eine Gegenüberstellung nicht in Frage kam.

### Die Reichsgründung am 18. 1. 1871

Die „*Hessische Morgenzeitung*“ in Kassel brachte gleich in der Morgenausgabe vom 19. 1. 1871 zweimal untereinander in Fettdruck die Nachricht über die Annahme der Kaiserkrone durch den Preußischen König. Die Zeitung beschränkte sich jedoch im wesentlichen auf die Wiedergabe der offiziellen Nachrichten und Kommentare zu diesem Ereignis. Obwohl die „*Hessische Morgenzeitung*“ zu Jahresbeginn in einem sich über eine ganze Seite erstreckenden Leitartikel auf die allgemeine Entwicklung zur deutschen Einheit eingegangen war, hätte man an jenem Tag nochmals eine eingehende Stellungnahme zu diesem Thema erwartet. Das um so mehr, da die „*Hessische*

Morgenzeitung“ in der kurfürstlichen Zeit doch der Entwicklung vorgearbeitet hatte, die in der Reichsgründung ihre Erfüllung fand. — Es war aber schon 1871 klar zu erkennen, daß die „Hessische Morgenzeitung“ ihre einstmalige Bedeutung verloren hatte.

Das „Gewerbliche Tageblatt und Anzeiger“ in Kassel hatte in der Ausgabe vom 18. 1. 1871 eine Würdigung des „Preußen vor 170 Jahren“ gebracht. Am 19. 1. 1871 brachte das Blatt am Ende der zweiten Seite eine kurze Meldung darüber, daß „*der König fortan die deutsche Kaiserkrone tragen*“ werde. Ein ausführlicher Bericht über die Reichsgründung fand sich erst in der Ausgabe vom 20. 1. 1871. Aber auch hier geschah das nur im Rahmen der Parlamentsberichterstattung; ein eigener Kommentar zu diesem Ereignis fehlte ganz. — Es ist möglich, daß das „Tageblatt“ nicht eingehender berichtete, weil ihm die „Hessische Morgenzeitung“ zeitlich zuvor gekommen war. Das „Tageblatt“ hatte seine Leser am 19. 1. 1871 davon in Kenntnis gesetzt, daß „*am Schluß des Blattes die Berliner Post, deren Verspätung jetzt permanent zu werden scheint, noch nicht eingetroffen*“ war. Wahrscheinlich wollte man damit sagen, daß es nicht Schuld der Redaktion war, wenn die Berichterstattung hinter der der „Hessischen Morgenzeitung“ herhinkte.

Von den Kreiszeitungen soll das „*Hanauer Kreisblatt*“ erwähnt werden. Auch in der der Reichsgründung folgenden Nummer vom 21. 1. 1871 fanden sich, wie allgemein üblich, auf der ersten Seite die amtlichen Bekanntmachungen. Erst in der der Ausgabe vom 28. 1. 1871 beiliegenden Berliner „*Provinzial-Correspondenz*“ wurde die Reichsgründung entsprechend gewürdigt.

Die kurfürstentreue „*Hessische Volkszeitung*“ in Kassel<sup>3</sup> bestand 1871 nicht mehr. Diese Zeitung, unter größten Schwierigkeiten geschaffen und erhalten, erschien lediglich vom 1. 1. 1868 bis zum 23. 7. 1870. Von Wien aus beklagte sich ihr ehemaliger Redakteur ADAM TRABERT bitter über die kleindeutsch-preußische Lösung, die er immer bekämpft hatte. TRABERT<sup>4</sup> beschwerte sich besonders darüber, daß „*deutsche Soldaten und Offiziere aus Frankreich so viele Gegenstände mitgehen ließen*“. — Die Auffassung, daß man aus dem Feindesland alles mögliche nach Deutschland „retten“ müsse, kommentierte er mit den Worten: „*War dies ‚Retten wir!‘ die öffentliche Moral für Neudeutschland geworden? Wehe euch, wenn das Schicksal jemals den Franzosen die Revanche für 1870/71 vergönnen sollte, die es uns Österreichern für 1866 versagt hat.*“ — Man mag aus diesen Zeilen weiter erkennen, daß TRABERT sich um diese Zeit — obwohl erst kurz vorher von Kurhessen nach Österreich gekommen — schon völlig als Österreicher fühlte.

---

3 Ausführlicher s. LÖFFLER: Diss. 57 f.; außerdem StAM Best. 175 Pol. Präs. Kassel, acc. 1938/68, Nr. 26.

4 ADAM TRABERT: Historisch-literarische Erinnerungen (Kempten/München 1912) 440.

### Die Maigesetze des Jahres 1873

Im Zusammenhang mit der Annahme der Kirchengesetze des Kultusministers Falk nahm die „Hessische Morgenzeitung“ am 10. und 12. 5. 1873 nur in versteckter Form zu kritischen Äußerungen von katholischer und französischer Seite Stellung. Am 14. 5. 1873 berichtete das Blatt, daß die Kirchengesetze in weitesten Kreisen mit großer Befriedigung aufgenommen worden seien. Die in Marburg erschienene „Oberhessische Zeitung“ berichtete im Rahmen einer politischen Wochenübersicht am 11. 5. 1873 über die zwei Tage vorher angenommenen Kirchengesetze. Obwohl auch hier keine direkte eigene Stellungnahme zu finden war, muß m. E. die Auswahl der auswärtigen Pressestimmen als die eigene Meinungsbildung der Zeitung angesehen werden. Die „Oberhessische Zeitung“ stellte sich dabei, ebenso wie der „Hanauer Anzeiger“ auf die Regierungsseite, d. h. sie druckte hauptsächlich die Stimmen ab, die das Gesetz befürworteten.

So brachte der „Hanauer Anzeiger“ Beispiele für die strenge Disziplin, der die katholische Geistlichkeit unterworfen sei. In der Ausgabe vom 21. 5. 1873 hieß es im „Hanauer Anzeiger“: *„Die ‚Germania‘, die in drei Leitartikeln den bösen Justizausschuß des Bundesrathes und sein Gutachten über die den Jesuiten verwandten Orden bekämpft hat, spielt heute den letzten Trumpf aus und beweist, ‚aus dem Hefte eines Cadetten‘, daß die ganze preußische Armee den Jesuiten verwandt sei. Denn, die militärische Subordination verlangt unbedingten Gehorsam“.* In dem Kommentar zu diesem „Germania“-Artikel hieß es: *„Gewiß; der Unterschied ist nur, daß die preußische Armee unter einem einheimischen Oberen steht und für das Wohl des Vaterlandes organisirt und verwandt wird, während die jesuitische Armee unbekanntem Oberen zur Durchführung von freilich sehr bekannten Zwecken dient“.*

### Der Tod des Kurfürsten am 6. 1. 1875

Unabhängig von der Einstellung der Bevölkerung zur Person und Leistung des letzten Kurfürsten interessierte die Nachricht vom Ableben des einstigen Landesherrn überall. Die in Marburg herausgekommene „Oberhessische Zeitung“ brachte in der Ausgabe vom 8. 1. 1875 an erster Stelle der „Telegraphischen Depeschen der Oberhessischen Zeitung“ in Fettdruck die Todesnachricht. Die Meldung hatte folgenden streng sachlichen Wortlaut:

*„Prag, 7. Januar*

*Der vormalige Kurfürst von Hessen ist gestern Nachmittag drei Uhr unerwartet gestorben, nachdem er von der jüngst überstandenen Krankheit fast vollständig genesen war.“*

Der „Oberhessischen Zeitung“ ging es aber aus Anlaß des Todes Friedrich Wilhelms I. weniger um eine Würdigung seiner Persönlichkeit, sondern in stärkerem Maße um eine Klärung der vermögensrechtlichen Verhältnisse. Im Zusammenhang mit den Berichten über die Überführung der Leiche von Prag

nach Kassel, die Beisetzung und die Beileidsbezeugungen von seiten der preußischen Königsfamilie klang immer wieder die Erörterung der Vermögensfragen an.

Das Blatt des Kurfürsten, die Zeitschrift „Hessische Blätter“ in Melsungen, erschien am 9. 1. 1875 mit Trauerrand und einer eineinhalb-seitigen Todesanzeige. Die „Hessischen Blätter“ schrieben u. a.: *„Ferngehalten von dem Lande seiner Väter durch Vorgänge an denen er sich verzehrte von Tag zu Tag, bis zu den letzten Augenblicken von dem tiefsten Heimweh nach der hessischen Heimat bewegt, erlöste ein milder Tod in schönster Gestalt seine gequälte Seele. So unerwartet dieser Tod für alle Umstehenden nach der eingetretenen scheinbaren Besserung war, so bestimmt war er doch von dem Verblichenen selbst geahnt worden. Noch zwei Tage vorher hatte derselbe gesagt: Für mich selbst hoffe ich nichts mehr, für mein Land noch alles.“* In einem Kommentar hieß es weiter: *„Ein Held der Treue, ein Märtyrer des Rechtes ist gefallen, gefallen für u n s. Wir aber, das hessische Volk, wir werden dieses Leben und diesen Tod in seiner ganzen, ungemein schwerwiegenden Bedeutung zu erkennen und zu würdigen wissen . . .“*

*Das Recht des hessischen Volkes auf seine freie und selbständige Stellung innerhalb eines großen, bundesgenossenschaftlich geeinigten deutschen Vaterlandes, dieses Recht ist mit seinem bisherigen erlauchten Träger m i t n i c h t e n gestorben. Aus dem Grabe seines glorreichsten Märtyrers kann es vielmehr nur die Kraft zu um so strahlenderem Aufschwung in der Zukunft gewinnen.“* Die „Hessischen Blätter“ schlossen: *„Für diese Zukunft werden wir nach wie vor mit der zähesten Ausdauer und der größten Zuversicht eintreten. Dem Vermächtnis des erhabenen Toden entsprechend, hoffen auch wir für unser Land noch a l l e s , und wenn jemals, so heben wir gerade jetzt die rotweiße Fahne hoch empor, zu um so dichterem Sammling unter derselben alle unsere Stammesgenossen einladend, welche mit uns unentwegt festhalten an der starken Hoffnung und dem freudigen Streben nach der W i e d e r e r l a n g u n g d e r F r e i h e i t u n d S e l b s t ä n d i g k e i t u n s e r e s h e s s i s c h e n V o l k e s.“*

Auch die nächste Nummer der „Hessischen Blätter“, die vom 16. 1. 1875, erschien mit Trauerrand. Auf der ersten Seite fand sich ein Gedicht: *„Der letzte Kurfürsteneinzug in Kassel“*. Die Redaktion nahm auch an dieser Stelle wieder zur Annektion Stellung und lobte den letzten Kasseler Kurfürsten als aufrechten Streiter für sein Recht.

### Das Sozialistengesetz vom 19. 10. 1878

Da im Zeitpunkt des Erlasses des Sozialistengesetzes in Kassel und im Regierungsbezirk kein sozialdemokratisches Organ bestand, können hier nur Zeitungen des bürgerlichen Lagers angeführt werden. Die Marburger *„Oberhessische Zeitung“* schrieb am 23. 10. 1878: *„Ein unwiderruflicher Schritt ist gemacht worden auf einer Bahn, deren Ziele noch in der Dunkelheit vor uns liegen.“* In der Ausgabe vom 24. 10. 1878 schloß sich das Blatt

der Stellungnahme der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ an, in der vor allem kritisiert worden war, daß das Zentrum gegen das Sozialistengesetz stimmte. Das Zentrum habe, so schrieb die Zeitung, dadurch bewiesen, daß es *„im direkten Widerspruch zu den wahren Interessen der Kirche lediglich politische Ziele“* verfolge. Besonders sei zu verurteilen, daß sich das Zentrum *„im Bunde mit allen bloß negirenden Tendenzen“* ganz entschieden gegen die Regierung gestellt habe.

Unter der Überschrift *„Was nun?“* schrieb die *„Oberhessische Zeitung“* einen Tag später: *„Da nun durch dieses Gesetz äußerlich Ordnung geschaff(t)en und den wüsten Agitationen der Socialdemokraten gewehrt werden soll, so muß in Zukunft die Arbeit sich darauf beziehen, die Schäden zu heilen, aus welchen die Socialdemokratie entstanden ist und aus welchen sie ihre Kraft zieht.“* Indem die *„Oberhessische Zeitung“* eine gründliche Revision der wirtschaftlichen Gesetzgebung vorschlug und eine umgehende Behebung sozialer Mißstände forderte, wollte sie einen Weg für die dauernde Überwindung der Sozialdemokratie zeigen. Behebe man diese Mißstände nicht, so kommentierte das Blatt, dann werde *„die Sympathie des Volkes sich auf die Seite der Socialdemokratie wenden, wie sie sich nach den fünfziger Jahren auf die Seite des Liberalismus wandte.“*

Eine im Grundsätzlichen gleiche Auffassung vertrat die Kasseler *„Hessische Morgenzeitung“*. Die Zeitung brachte die Meldung über die Annahme des Sozialistengesetzes in der Nachmittagsausgabe vom 21. 10. 1878 an erster Stelle. Schon in der Morgenausgabe des nächsten Tages wurde der ganze Gesetzestext auf der ersten Seite veröffentlicht. — Die *„Hessische Morgenzeitung“* schloß sich in der Tagesschau vom 21. 10. 1878 dem Leitartikel der *„Weser-Zeitung“* an, in dem es u. a. hieß, daß es nicht schimpflich sei, wenn man eine Gefahr, die die Menschheit mit „entsetzlichstem“ Unglück bedrohe, fürchte. Es sei jedoch schimpflich, wenn man nicht die notwendigen Konsequenzen daraus ziehe und die Furcht den Erfolg hätte, jeden Versuch der Abwehr zu lähmen. Dieser Versuch der Abwehr, so schrieb das Blatt, werde aber mit dem Sozialistengesetz gemacht. Die Zeitung kommentierte: *„Freilich wäre es sehr schlimm, wenn dieser Versuch gleichbedeutend wäre mit dem Opfer der bürgerlichen Freiheit. Indessen diese Behauptung ist dennoch eine starke Übertreibung, und außer den Agitatoren selbst wird niemand sich davon erregen lassen. Es ist ungefähr so, als wenn das Verbot, Höllenmaschinen mit sich zu führen, eine Vernichtung des persönlichen Verfügungsrechtes genannt würde.“* — Die *„Hessische Morgenzeitung“* bemerkte weiter, daß die beschlossenen Verbote ein Opfer seien, welches das liberale Bürgertum bringe. *„Aber wem verdanken wir denn die Nothwendigkeit, ein solches Opfer zu bringen“* fragte sie und fuhr fort: *„wem anders als gerade den Herren, welche sich jetzt über das Verbot beschweren?“* — Wenn niemand Höllenmaschinen fabriziere, werde auch niemand verlangen, daß die Reisekoffer visitiert würden!

In der Ausgabe vom 23. 10. 1878 nahm die *„Hessische Morgenzeitung“* erneut zum Sozialistengesetz Stellung. Sie beschäftigte sich dabei hauptsäch-

lich mit der Ausführung des Gesetzes und schrieb, daß die Bevölkerung zustimme, wenn sich das Gesetz gegen die Sozialisten richte. Nicht aber könne zugestimmt werden, wenn die Staatsgewalt diese außergewöhnlichen Freiheiten allgemein zu einer Beschränkung der persönlichen Freiheit ausnutzen werde. Man glaube zwar — und das hatte auch die „Oberhessische Zeitung“ in Marburg ausgesprochen — daß zweieinhalb Jahre nicht ausreichen, um die Gefahren der Sozialdemokratie ganz zu beseitigen, meine aber, daß es gut sei, wenn erst einmal eine gewisse „Probezeit“ bestehe. Im übrigen vertraue man aber auf die Lauterkeit des Staates und seiner Organe.

### Das Ende der Monarchie am 9. 11. 1918

Nachdem der Kasseler Philipp Scheidemann am 9. 11. 1918 die Republik ausgerufen hatte, triumphierte besonders das einstmals von ihm geleitete sozialdemokratische „Volksblatt“. Die Freude über die Erfolge der Revolution kam in jedem Artikel zum Ausdruck, der sich mit aktuellen Tagesfragen beschäftigte. So hieß es z. B. in der Ausgabe des „Volksblatt“ vom 12. 11. 1918 unter der Überschrift „Die Aufgabe der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte“: *„Die Revolution hat gesiegt. Keine Macht der Erde vermag die Uhr der Zeit zurückzudrehen... Wahnwitzig ist der Gedanke, dem Volke die Errungenschaften der im Buche der Geschichte mit goldenen Lettern eingetragenen Novembertage 1918 nochmals entreißen zu können.“* Das Kasseler „Volksblatt“ verschloß sich aber im verständlichen Freudentaumel nicht den nüchternen Tatsachen, denn es hieß in dem Artikel weiter: *„Eine politische Massenbewegung aber muß sich klar sein über Ziele und Mittel. Das Ziel steht fest. Die sozialdemokratische Republik Deutschlands gilt es auf- und auszubauen, d. h. die Durchführung vollendeter Demokratie im Reich, Bundesstaat und Gemeinden unter freier Mitbestimmung aller männlichen und weiblichen Staatsbürger.“* Der Forderung, die Errungenschaften der Revolution zu sichern, wurde die entgegengesetzt, alle *„geistig lebendigen Elemente des deutschen Volkes“* zur Mitarbeit zu bewegen. Dabei sollte man nicht in erster Linie irgendeine Parteizugehörigkeit, sondern lediglich die Bejahung des neuen Staates voraussetzen. — Indem sich die Zeitung gegen extreme Einflüsse in den eigenen Reihen wandte, schrieb sie: *„Der von Verantwortungsgefühl für das Ganze getragene Publizist hat die Aufgabe, die Wahrheit zu sagen. Nun diese ist, daß in hiesiger Stadt Stürmer von links vorhanden sind, deren Tätigkeit Uneinigkeit sät und damit der im Versteck lauern den Reaktion Wasser auf die Mühlen leitet.“* Das „Volksblatt“ veröffentlichte in aller Ausführlichkeit die Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrates; auch Berichte über SPD-Versammlungen in den Landgemeinden, die der Aufklärung der dortigen Bevölkerung über die wichtigsten politischen Tagesereignisse dienten, nahmen in der Zeitung einen breiten Raum ein.

Ganz anders verhielt sich da die bürgerliche Presse. Sie wollte erst einmal abwarten, bis sich die ersten Wogen der Revolution gelegt hatten.

So machten die „Kasseler Neueste Nachrichten“ am 13. 11. 1918 ihre Leser darauf aufmerksam, daß man aus Raummangel vorläufig nicht kommentieren könne. Außerdem gebiete die politische Lage, daß man bis zum Eintritt ruhigerer Zeiten die Stellungnahme zu Tagesereignissen unterlasse. *„Die Zeit, die wir durchleben, wirkt in ihrem Sturm=lauf auf das Gesamtvolk wie auf den Einzelnen mit solch unerhörter Wucht, daß es schier unmöglich, das Gestern und Heute zu erfassen, weil das Morgen noch im Dunkel liegt. Die Dinge überstürzen sich in ihrer Folge Schlag auf Schlag derart, daß zum Besinnen und Erwägen nicht die Zeit verbleibt, deren der gewissenhafte Chronist bedarf, um die Schilderung des Vergangenen, die Scheidung von Schuld und Schicksal, die zu dieser Umwälzung führten, gewissenhaft vorzunehmen.“*

Die „Casseler Allgemeine Zeitung“ verhielt sich ähnlich; in der Ausgabe vom 12. 11. 1918 hatte sie geschrieben: *„Bis zu einer Klärung der gegenwärtigen Lage werden wir uns eine Besprechung der sich überstürzenden Vorgänge in unserem innerpolitischen Leben enthalten und lediglich die uns zugehenden Nachrichten vermitteln.“*

Zur Ausrufung der Republik durch Scheidemann nahm die „Casseler Allgemeine Zeitung“ nicht Stellung<sup>5</sup>. Man beschäftigte sich nur mit dem Ende des Krieges, dem Waffenstillstand und seinen Folgen. Wenn die Zeitung über die Ereignisse in Berlin berichtete, dann setzte sie immer in Klammern hinzu: *„Meldung des Arbeiter- und Soldatenrats“* oder *„Vorzensur des Arbeiter- und Soldatenrats“*. Nur in der Ausgabe vom 11. 11. 1918 fand sich ein – allerdings streng sachlicher – Kommentar zur politischen Lage: *„Der richtige Weg, den heute unser Volk beschreiten muß, um die Entwicklung vom Waffenstillstand zum Frieden nicht zu gefährden, ist, in Ruhe und Geschlossenheit das heute schon unabwendbar Gewordene zu tragen und daneben unerschrocken am inneren Ausbau des neuen Reichs weiterzuarbeiten . . . Wir haben uns alle das Ende dieser grausigen Zeit anders und heller gedacht. Gewiß wird das Geschenk des Friedens in mancher Hinsicht einer Fessel ähneln, aber mit dem Frieden wird etwas kommen, was unser Volk, vier Jahre lang entbehren mußte; die Arbeitsmöglichkeit. Ist erst eine Nation wieder an der Arbeit, so findet sie sich auch wieder und nicht nur sich, sondern auch den ihr gebührenden Platz in der Welt. Was die Waffen nicht vermochten, das werden die Werkzeuge friedlicher Betätigung zustande bringen, das Reich aus tiefer Erniedrigung wieder in die Höhe zu führen.“*

Die föderalistische Zeitschrift „Hessische Blätter“ in Melsungen kommentierte am 16. 11. 1918: *„So endete nach dem kurzen Bestand von 52 Jahren das preußisch-deutsche Reich. Ob aus dem von ihm hinterlassenen Trümmerfeld sich überhaupt noch einmal ein „Reich“ erheben werde, ist heute mehr als fraglich; aller Voraussicht nach wird es keinesfalls noch ein=*

---

5 In der gleichen Zeitung schrieb einige Jahre später RICHARD WEBER seine Artikel gegen Scheidemann, als dieser Kasseler Oberbürgermeister war. – Vgl. LÖFFLER: Diss. 76.



mal ein preußisch-deutsches Reich sein... Wie von unserem Standpunkte der Treue gegen göttliches und menschliches Recht aus der erschütternde Vorgang zu beurteilen sei, braucht in den ‚Hessischen Blättern‘, die von ihrem ersten Erscheinen im Jahre 1872 an vor diesem Ende ebenso eindringlich als vergeblich gewarnt haben, kaum noch gesagt zu werden.“

### Der Beginn des parlamentarischen Lebens in der neuen Deutschen Republik am 6. 2. 1919

Als am 6. 2. 1919 in Weimar die Nationalversammlung eröffnet wurde und damit das parlamentarische Leben in der neuen Deutschen Republik begann, hatte sich die bürgerliche Presse wieder gefangen. Unter der Überschrift „Am Meilenstein“ nahmen die „Kasseler Neueste Nachrichten“ in ihrer Ausgabe vom 7. 2. 1919 zu diesem Ereignis Stellung. Die Zeitung schrieb: „Ganz Deutschland, nein, die ganze Welt schaut in diesen Tagen auf jene schmucke deutsche Klassikerstadt, in welcher nichts Geringeres als der neue Meilenstein deutscher Geschichte gesetzt werden soll! ... Der sieghafte Glaube an Deutschlands und seines leiderprobten Volkes Zukunft und damit auch der unerschütterliche und unerschütterte Entschluß, zu wirken, zu werben, zu arbeiten für unseres Landes und Volkes Wohlfahrt, muß alle Arbeit, die vielfältig hart und schwer jetzt zu vollbringen ist, beherrschen.“ Die deutsche Zukunft werde gleichbedeutend sein mit der Zukunft der ganzen Welt! Von der Arbeit der Nationalversammlung hänge es ab, ob die Welt des Glaubens werde, daß deutsches Wesen trotz allem, was geschehen sei, dennoch der Welt Genesung bringen werde. Die Zeitung fuhr fort: „Wir können nicht bezwungen werden, wenn wir uns nicht selbst aufgeben. So begrüßen wir heißen Herzens die deutsche Nationalversammlung in Weimar. Unsere Hoffnung vertrauen wir ihr an. Unserer freudigen Mitarbeit sei sie gewiß. Sie rechtfertige nun das Vertrauen, welches das ganze deutsche Volk, der politische Machtfaktor der Zukunft, ihr übertragen hat.“

In der gleichen Nummer brachten die „Kasseler Neuesten Nachrichten“ eine Meldung, daß der Landesausschuß des hessischen Bezirksverbandes den Gedanken der Abtrennung des ehemaligen Kurhessen von Preußen einmütig abgelehnt habe. Die Zeitung hatte einen Tag vorher einem Befürworter dieser Idee mit einem Leitartikel ihre Spalten geöffnet.

Die Forderung alt-kurhessischer Kreise nach Wiederherstellung der Selbständigkeit des Landes wurde nach Ende des Ersten Weltkrieges überhaupt wieder sehr stark herausgestellt. JACOB<sup>6</sup> wandte sich 1919 in einer Broschüre „Ein freies Hessen!“ gegen den preußischen Zentralismus. Das „höhere Dritte“ zwischen Partikularismus und Zentralismus müsse der Föderalismus

6 BRUNO JACOB: Ein Freies Hessen! Im Einigen Deutschland (Marburg/Lahn 1919) 11.

sein, denn: „eine wahre Demokratie kann nur dezentralistisch, föderalistisch sein.“ Am Beispiel der Schweiz empfahl JACOB damals eine nach außen geschlossene Staatsmacht zu schaffen, die nach innen eine freie Eigenentwicklung nehme. Der Aufbau des deutschen Vaterlandes müsse auf der Grundlage der natürlichen Stammesstaaten erfolgen. Man solle die Lehren aus dem preußischen Zentralismus ziehen und in Hessen einen deutschen Mittelstaat schaffen.

In die gleiche Kerbe schlugen die „Hessischen Blätter“. Zu den zentralistischen Bestrebungen der neuen Regierung schrieb das Blatt am 8. 2. 1919 unter der Überschrift: „Republikanisch preußische Sozialdemokraten“: „Durch das Wolff'sche Bureau läßt die preußische Regierung feierlich erklären, daß allen Versuchen, Teile von Preußen loszureißen, mit Nachdruck entgegenzutreten sei... Man traut seinen Augen nicht, wenn man solche Worte liest. Wer führt eigentlich in Berlin die Regierungsgeschäfte? Sind das Sozialdemokraten? Eher sollte man an die Rückkehr des alten preußisch-hohenzollernschen Regimes glauben, das seine Regierungspräsidenten und Landräte auffordert, den ‚Reichsfeinden‘ auf die Finger zu sehen.“ Die „Hessischen Blätter“ riefen alle Deutschen auf, sich gegen den Zentralismus zu wenden, damit „das Volkstum“ erhalten werde.

Zum Zusammentreten der Verfassungsgebenden Nationalversammlung schrieben die „Hessischen Blätter“ am 15. 2. 1919: „Ob nach dieser Selbstvernichtung der deutschen Monarchie, in der wir einen der folgenschwersten Akte des über unser deutsches Volk ergangenen furchtbaren, aber gerechten Gottesgerichts erkennen, noch einmal eine Wiederherstellung derselben, der ihre innerliche Wiederbelebung vorausgehen müßte, möglich sei, das weiß Gott allein.“ – In der gleichen Ausgabe setzten sich die „Hessischen Blätter“ für die Schaffung eines großhessischen Staates als föderalistischem Glied der neuen Republik ein. Trotz eifriger Bemühungen sollten die föderalistischen Kreise damals keinen Erfolg haben. Für die Erfüllung ihres geheimsten Wunsches, den alten Kurstaat wieder herzustellen, war die Zeit vorbei. – In territorialer Hinsicht wurde man jedoch nach Ende des Zweiten Weltkrieges mit der Schaffung des Bundeslandes Hessen den Forderungen der Föderalisten gerecht.